

# Stolperer Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.  
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp. Bräudenstr. 45  
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50 % Nachlaß, die 3gespaltene Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —  
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 19 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 23

Montag, den 28. Januar 1924

48. Jahrgang

## Die Forderung nach Neuwahlen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag im Reichstage gestellt:

Mit dem 15. Februar läuft das vom Reichstage beschlossene Ermächtigungsgesetz ab. Nachdem der Reichstag sich einmal ausgeschaltet hat, hat er es sich selbst unmöglich gemacht, seine Aufgabe in der erforderlichen Weise weiter zu erledigen. Der Ruf nach Neuwahlen tönt immer lauter durch das Land. Die u. a. gegen ihre Vornahme vorgebrachten Bedenken, daß die Erregung im Lande so groß wäre, haben sich als nicht stichhaltig erwiesen. Die bisherigen Wahlen sind im Gegenteil unter dem Schutze des militärischen Ausnahmezustandes ruhig und unter Beteiligung aller Parteien verlaufen; zahlreiche andere Länder nehmen in kürzester Frist Neuwahlen vor. Es liegt daher kein Anlaß vor, die Neuwahl für den ausgeschalteten Reichstag weiter aufzuschieben. Die Vornahme der Neuwahl muß im Gegenteil früher als vor dem nach der Reichsverfassung festgesetzten Fälligkeitstermin erfolgen. Der militärische Ausnahmezustand ist zum Schutze der Wahlen — bei vollster Sicherung der Wahlfreiheit für alle Parteien — aufrecht zu erhalten, bis nach Zusammentritt des neuen Reichstages über seine Fortdauer entschieden werden wird. Die deutschnationale Fraktion stellt daher den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf den Herrn Reichspräsidenten dahin zu wirken, daß dieser die Neuwahl alsbald anberaume und dementsprechend den Reichstag auflöst.

Berliner Zeitungen berichten, daß am Donnerstag eine Besprechung im Reichsministerium des Innern mit den „Partei-Führern“ stattgefunden hat, bei der diese eine Aenderung des Reichstagswahlgesetzes und die Feststellung eines früheren Wahltermins abgelehnt hätten. Wir stellen fest, daß diese Nachricht insofern irreführend ist, als die Deutschnationale Volkspartei an dieser Parteiführerbesprechung nicht beteiligt war und überhaupt zu ihr nicht eingeladen wurde, sie hätte sonst auch bei dieser Gelegenheit mit Nachdruck ihren obigen Standpunkt zum Ausdruck gebracht, daß aus vielfach angeführten Gründen mit der Durchführung der Reichstagswahl nicht bis zum Juni gewartet werden kann.

## Der Frankensturz.

Aussprache in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer hat die große Aussprache über den rapiden Sturz des Franken begonnen. Der Berichterstatter Botanowski entwickelte die Schlussfolgerungen seines Berichtes und suchte insbesondere nachzuweisen, daß der Sturz des französischen Franken sowohl von der Vorliebe französischer Geschäftsleute für ausländische Devisen heromme, wie auch von der maßlosen Spekulation; schließlich mögen die politischen Antriebe des Auslandes auch das ihre zu einer Entwertung beigetragen haben.

Besonders interessant gestaltete sich die Ansprache des Abg. Laittinger, der daran erinnerte, daß trotz der optimistischen Erklärungen de Lastriens von vergangener Woche ein neuer Frankensturz eingetreten sei. Uns beunruhigt, so fuhr der Abgeordnete fort, daß die französischen Steuerzahler und nicht die deutschen zur Bilanzierung des Haushalts herangezogen werden sollen. Werden uns die Deutschen nicht eines Tages sagen: „Ihr habt alles repariert; jetzt laßt uns in Ruhe.“ (Beifall auf der äußersten Linken. Poincaré rief hier dazwischen: „Ich protestiere gegen diese Worte, die unserem Gegnern Waffen in die Hand geben.“)

Laittinger erklärte weiter unter dem Beifall der äußersten Linken und der äußersten Rechten, daß die neuen Steuern im Lande eine allgemeine Unzufriedenheit herausbeschwören würden. Der Redner meint, daß die französischen Banken sich mit einem genügenden Vorrat an Dollars hätten eindecken müssen, um im gegebenen Augenblicke der deutschen Finanzoffensive erfolgreich Widerstand zu leisten. (Zuruf aus dem Zentrum: Dazu muß man aber Geld haben.) Laittinger setzte hierauf auseinander, daß die großen Metallindustriellen im Auslande Druck auf Veranlassung der Regierung hätten anlegen können.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zwischen Poincaré und Herriot zu einem heftigen Zusammenstoß. Auf den Zwischenruf eines Abgeordneten erklärte Poincaré, daß er das allgemeine Programm erst nach der Abstimmung über die Finanzmaßnahmen bekannt geben werde. Er sei überzeugt, daß, wenn jetzt eine allgemeine Debatte erfolgen würde, man zu keinem Ende käme. Herriot: „Wenn man solche Worte hört, müßte man glauben, daß die Republik auf dem Spiele stünde.“ Poincaré: „Ich lasse mir von niemand in republikanischen Dingen Ratsschläge erteilen. Ich glaube nun aber, die beste

Art, die Republik zu verteidigen, sei im vorliegenden Falle der Anschluß an die Regierung.“

Die Kammer beschließt mit 153 gegen 110 Stimmen auf Wunsch Poincarés eine außerordentliche Sitzung zur Prüfung der Finanzfragen abzuhalten.

Worum es sich handelt.

Paris, 26. Januar. „Journal industrielle“ schreibt über die Finanzdebatte, es handele sich darum, ob die Regierung Poincarés gestürzt werden soll oder nicht. Poincaré habe den Bogen überspannt dadurch, daß er sich 2 Jahre nicht über die innere Politik gekümmert habe. Ein Sturz Poincarés wäre aber ein Sturz für Frankreich, solange die Finanzgesetze nicht angenommen wären. Das Ruhrpand müsse durch gesunde Finanzen im Innern gestützt werden, die Frankreich vor dem Druck des Auslandes sichern. Poincaré allein besitze genügend Autorität, um das Land zur Uebernahme von Lasten zu bestimmen.

## Preußischer Landtag.

Berlin, 26. Januar.

Bei der Fortsetzung der Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge bezeichnet der Abg. Labendorf (Wirt.-Part.) die ganze Notlage als eine Folge des Irrewahns vom 9. November 1918. Er fordert die Wiedereinführung des Leistungsprinzips.

Volkswirtschaftsminister Girtjes.

besaß sich eingehend mit der Wohnungsmietfrage und erklärt u. a.: Wenn die Zwangswirtschaft beseitigt würde, hätten wir doch sofort wenigstens die Friedensmiete wieder und dabei ist zu bedenken, daß das Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter jetzt ungefähr auf die Hälfte der Friedensbemäße herabgesetzt ist. Die Wohnungsbauabgabe brach sich deshalb das Genick, weil sie nicht früh genug wertbeständig gemacht wurde.

Wir müssen wieder zu einer solchen Abgabe kommen, um Bauaufwände leisten zu können. Die Neuregelung vom 12. Januar normiert die Miete auf 30 Prozent des Friedensbetrages in Gold, einen Betrag, der gegenwärtig von unserer Wirtschaft getragen werden kann. Weil niemand die wirtschaftliche Entwicklung übersehen kann, sind wir auch dagegen, daß die Friedensmieten zu einem bestimmten Termin, etwa zum 1. Oktober, erreicht werden.

Damit schließt die Aussprache, und es folgt die Besprechung der deutschnationalen großen Anfrage über das Abkommen zwischen der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie

über die endgültige Anerkennung der jetzigen dänischen Grenze. Der Abg. Milberg (Deutschn.), der die Interpellation begründete, führte aus:

Die Grenzsetzung im Norden der Provinz Schleswig-Holstein infolge des Vertrages von Versailles ist durch die en bloc-Abstimmung zu Unrecht gezogen. Dies haben auch führende Sozialdemokraten anerkannt, wie z. B. der frühere Reichsaußenminister Dr. Köster und der preußische Ministerpräsident Braun. In dem Abkommen der deutschen und der dänischen Sozialdemokraten heißt es, daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmungen „vereinbarte“ Grenze zwischen Dänemark und Holstein als gesetzlich geltende Grenze anerkannt wird. Die deutsche und die dänische Sozialdemokratie lehnt jede irridentifizische Bestrebung ab. Das ist nichts weiter als eine bewußte Preisgabe der zu Unrecht an Dänemark gefallenen deutschen Volksteile.

Diese müssen das Recht haben, zu ihrem Vaterlande zurückzukehren, wenn man weiter von Selbstbestimmung sprechen will. Von besonderem Reiz ist es, daß der Führer der Sozialdemokratie, Herr Wels, am 8. Januar 1924 in Kiel erklärt hat, er lehne eine irridentifizische Bewegung an allen Grenzen ab, also: Verrat und Preisgabe auf der ganzen Linie.

Nun fragt man sich nach dem Grunde, den die Sozialdemokraten für dieses Abkommen hatten. Man muß mit Behauptungen vorsichtig sein, aber es ist außerordentlich auffällig, daß unmittelbar nach dem Zustandekommen dieses Abkommens in Dänemark eine Sammlung einsetzte zugunsten der deutschen sozialistischen Presse. „Nationaltidende“ spricht von 30000 Kronen für die „Flensburger Volkszeitung“ und 10000 Kronen für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Sei dem so wie ihm wolle, der Verrat bleibt der gleiche, ob er entgeltlich oder unentgeltlich geschieht.

Wie haben nun die Anfrage gestellt: Hält das Staatsministerium, dem der Präsident und mehrere Ressortminister der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, ein derartiges Abkommen im Staatsinteresse für erträglich? Auf's äußerste befremdet hat uns die Stellungnahme des Innenministers Sebering am 14. Dezember 1923. Als der

Abg. Dr. Preyer in einer innerpolitischen Debatte auf das vorliegende Thema zu sprechen kam, da fand der Minister kein Wort der Beurteilung für das sozialdemokratische Vorgehen, sondern benutzte wieder einmal die Gelegenheit zu einem Angriff auf die Deutschnationalen, indem er nach dem Motto „haltet den Dieb!“ erklärte, die Erörterung derartiger Angelegenheiten im Landtage fördere im Auslande nicht das Ansehen des Reiches. Der Herr Minister verfolgt mit großer Schärfe angeblich die, die die Einheit und den Bestand des Reiches schädigen. Er wendet sich dabei jedoch stets nur gegen rechts. Wir verlangen auch hierin Parität auf Seiten des Herrn Ministers.

Das Verhalten des Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern in der Frage der Pfalz liegt in derselben Linie, und auch das sozialdemokratisch-dänische Grenz-Abkommen gibt rein deutsche Landesteile einem fremden Volke. Wenn der Herr Minister Rechtsorganisationen verbietet, weil sie den Bestand des Reiches gefährden, dann muß er in allererster Linie seine eigene Partei verbieten, die dieses nunmehr seit vielen Jahren in unerhörtester Weise betreibt.

Ueber die Haltung des Herrn Ministerpräsidenten in nationalen Fragen haben wir uns bisher gefreut. Er hat es nunmehr in der Hand, zu beweisen, das wir von ihm nicht nur schöne Worte gehört haben, sondern, das er auch hinter diesen Worten steht. Wir verlangen vom Ministerpräsidenten eine bündige Erklärung der Mißbilligung des sozialdemokratischen Vorgehens und verlangen weiter, daß er in Zukunft seiner Partei auf die Finger sieht.

Abg. Milberg stellte dann fest, daß zu dieser wichtigen Gelegenheit weder der Ministerpräsident noch der Minister des Innern erschienen wäre. Tatsächlich beantwortete die Interpellation ein Regierungskommissar, der behauptete, daß die Stellungnahme der Regierung durch das Abkommen der deutschen mit der dänischen Sozialdemokratie nicht beeinträchtigt werde. Diese Antwort war denn doch eine zu nichtssagende, und so gelang es, die Herbeirufung des Ministerpräsidenten zu beschließen und die Aussprache bis dahin auszuschieben.

Bis Herr Braun zitiert war, verhandelte man über die etwaige Aenderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzen. Alle Parteien sprachen zur Sache, von den Deutschnationalen äußerte Abg. Dr. Regenborn schwere Bedenken gegen die Vorlage.

— Kurze Zeit darauf erscheint

Ministerpräsident Braun

und gibt folgende Erklärung ab: Ich bin durch Beschluß des Hauses hierher zitiert und dadurch an der weiteren Teilnahme an sehr wichtigen Beratungen des Reichskabinetts über die Rhein- und Ruhrfrage verhindert worden. Die zur Besprechung stehende Anfrage ist dem zuständigen Minister überwiefen und von dessen Kommissar beantwortet worden. Ich habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen. Ich siehe bezüglich der Materie auf dem von mir in diesem Hause mehrfach präzifizierten Standpunkt. Genügt das dem Hause nicht, dann muß ich bitten, die Debatte hinauszuschieben, bis das Staatsministerium Beschluß gefaßt hat.

Diese Erklärung des Ministerpräsidenten wurde von der Rechten mit großer Unruhe aufgenommen. Der natürlich sofort gestellte Antrag, die Besprechung bis Mittwoch zu vertagen, fand Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Jedoch wurde nach kurzer Geschäftsordnungsausprache beschlossen, die Besprechung doch zu vertagen, zuvor aber noch den Sozialdemokraten Abg. Bartel zu hören.

Hierauf wurde die unterbrochene Beratung über die Reichsratsmitglieder fortgesetzt. Der Entwurf wurde an den Verfassungsausschuß überwiesen und das Haus vertagt auf Dienstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Anträge, Fortsetzung von Mißtrauensvoten usw.

## Deutsches Reich

Die Lage in Bayern ist gegenwärtig recht ungeklärt. Die Stellung des Generalstaatskommissars von Rahr scheint in der Tat erschüttert zu sein, da sich in der Bayerischen Volkspartei Stimmen der Kritik gegen gewisse Maßnahmen des Generalstaatskommissars erheben, die nicht verstanden werden wollen. Hat doch der Führer der Volkspartei, Held, selbst erklärt, daß Herr von Rahr nicht überall „bis ins Kleinste“ das Richtige getroffen habe. Der bevorstehende Hitler-Prozess wird die Spannung noch vermehren. Er soll bis zum 1. April durchgeführt sein, da nur bis zu diesem Termin die Volksgerichte noch tagen sollen, und somit bei einer weiteren Aufschiebung voraussichtlich doch vor dem Staatsgerichtshof vor sich gehen müßte. Welchen Gang dieser Prozess auch immer nimmt, so ist doch auf jeden Fall anzunehmen, daß der Generalstaatskommissar zu peinlichen Auskünften über seine Haltung gegenüber Hitler und



4,2 Prozent. Den stärksten Abfall erlitten die Preise der Gruppe häusliche Gebrauchsgegenstände, der en Masse um 7,5 Prozent sank. Ebenfalls über dem Durchschnitt liegt die Entlohnung der Gruppe Ernährungsstoffe mit 6,0 Prozent.

Ein Freitag findet am Sonnabend, den 9. Februar, im Kreisamt hier selbst statt. Die umfangreiche Tagesordnung weist 28 Vorlagen auf.

Aufruf der wertbeständigen Notgeldscheine der Provinz Pommern. Das vom Provinzialverband von Pommern ausgegebene wertbeständige Notgeld ist mit Wirkung vom 25. Januar zur Einlösung aufgerufen. Die Provinzialhauptkasse in Stettin löst die Notgeldscheine bis zum 24. Februar ein.

Die Einlösung der preussischen „Dollarscheine“. Die Reichspost hat sämtlichen Postanstalten die Weisung zugehen lassen, die preussischen Notgeldscheine nicht mehr als Zahlung anzunehmen. Jedoch beschränkt sich die Umweisung der Reichspost auf die Notgeldscheine über 4,20 Goldmark, die sogenannten „Dollarscheine“. Das übrige preussische Notgeld wird nach wie vor von den Postanstalten in Zahlung genommen.

Schülerrückfahrkarten bis 250 Kilometer. In letzter Zeit sind die Anträge auf Erweiterung der Entfernungsgrenze, bis zu der Schülerrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgeben werden dürfen und die bisher 150 Kilometer betrug, eingeleitet geworden. Fortan werden nun auch Schülerrückfahrkarten in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahndirektion (an die begründete Anträge zu richten sind) auf Entfernungen bis zu 250 Tarifkilometern auszugeben werden.

Lauenburg. Halb erjarrt aufgefunden wurde am Mittwochabend in der Nähe der städtischen Oberförsterei auf der Schaafsee nach Einzel ein Besitzer aus Rastow, der sich auf dem Heimwege aus Lauenburg befand. Er war, wohl durch den ungangbaren glatten Weg erschöpft, zusammengebrochen. Der Frost hätte sicher wieder sein Opfer gefordert, wenn den Unglücklichen nicht noch rechtzeitig ein des Weges fahrender Besitzer getroffen hätte, der ihn in Decken wickelte und auf seinen Schlitten mit sich nahm.

Stargard. Pom. Der Dramburger Krawall vor Gericht. Am 23. Juni 1923 feierte in Dramburg die dortige Jungmännerabteilung ihr Stiftungsfest. Schon am Nachmittag kam es beim Einholen auswärtiger Gäste auf dem Marktplatz zu Zusammenstößen mit Störenfriedern. Um weiteren Schlägereien aus dem Wege zu gehen, verließ man bei später eintreffenden Abteilungen den Markt. Die Feier verlief dann bis gegen Mitternacht ohne weitere Störung. Um diese Zeit vertrieben die Störenfriede mit Gewalt, in den Saal einzutreten. Schiffe trachten, Scheiben klirren und man versuchte die Tür einzudrücken. Das Lokal war wie eine Festung umstellt. Es kam zu einem regelrechten Kampf, wobei der Maler Arthur Stuf durch einen Schuss getötet, der Stadtverordnete Gustav Jacob durch einen Schuss so schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, der Zimmergeselle Otto Lünse wurde durch Streifschuß verletzt. Auch der Festleiter und Führer des Dramburger Jungmännervereins erhielt einen Kopfschuss, andere Jungmänner wurden durch Hiebe und Steinwürfe verletzt. Auch ein Gast mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, da er durch Steinwürfe verletzt war. Soweit die Vorgeschichte des umfangreichen Prozesses, der jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts Stargard zur Aburteilung kam. Nicht weniger als 23 Angeklagte standen unter Anklage, über 60 Zeugen waren geladen.

Das am Sonnabend gefällte Urteil lautete gegen die fünf Räubersführer auf 2 Jahre Zuchthaus für zwei derselben, 1 1/2 Jahre Gefängnis für die folgenden beiden und auf 1 Jahr Gefängnis für den letzten. Weitere 17 Angeklagte, darunter drei Frauen, erhielten Gefängnisstrafen von 4 bis 9 Monaten.

Stettin. Ein Kind schwer verbrannt. — Am Sonnabend vormittag zog sich der vierjährige Sohn des Maurers Krüger

in Pommerensdorf beim Auslösen der Petroleumlampe schwere Brandwunden an beiden Händen und im Gesicht zu. Die Haut im Gesicht ist fast völlig verbrannt.

Stralsund. Zwei Fuhrwerke auf dem Sund eingebrochen. — Am Donnerstagabend gegen 7 Uhr brach abseits der Fahrstraße in der Gegend der Kliranstraße das aus Garz a. N. stammende Fuhrwerk des Schmiedemeisters Haack im Eise ein. Pferd und Schlitte konnten später geborgen werden, der Führer dagegen fand den Tod in den Fluten. — Am gleichen Abend gegen 12 Uhr ereignete sich auf dem Fahrweg nach Altfähr ein zweiter Unglücksfall. Ein dem Besitzer Elgeti aus Jurböck auf Rügen gehöriges Gefährt brach beim Vollwerk mit zwei Pferden im Eise ein und verschwand sofort in den Fluten. An eine Bergung war bei der nicht unerheblichen Wassertiefe nicht zu denken.

**Der Dollar am 28. 1. 4 200 000 000 000**  
(unverändert)  
Goldmark am 28. 1. = 1 Billion.

**Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	26. 1.	25. 1.
	(In Millionen Mark)	
	A.	B.
1 holländischer Gulden	1566100	1583900
1 argentinischer Peso	1356600	1393400
1 belgischer Franken	169575	170425
1 norwegische Krone	576056	578944
1 dänische Krone	677302	680897
1 schwedische Krone	1084283	1089717
1 italienische Lire	182044	182956
1 englisches Pfund	17705625	17794375
1 Dollar	4189560	4210500
1 französischer Franc	188528	189472
1 schweizerischer Franc	723686	727314
1 tschechische Krone	121965	122356
1 österreichische Krone	59,101	59,339

**Handelsnachrichten.**

Mittagsbörse. (Amtlich) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 153-156, Pomm. —, Roggen Märk. 134-136, Pomm. —, Westpr. —, Sommergerste 158-165, Schlef. 140-148, Hafer Märk. 105-110, Westpr. 95-100 Mais waggontfrei Hamburg — Weizenmehl 23,90-25,50, Roggenmehl 21,00-23,00, Weizenkleie 7,60, Roggenkleie 7, Raps 285-290, Leinsaat 425-430, Bitoriaerhohn 33-35, kleine Speiserbs. 18-22, Futtererbsen 12 bis 14, Peluschnen 13-15, Ackerbohnen 13-15, Wicken 14-19, Lupinen blaue 13-14, gelbe 15-17, Erabilla 14,50-16, Raps-tuchen 10,50-11, Leintuchen 23,50, Trodenknäuel 7,50-7,80, Vollwertige Zuckerschnitzel 18-19, Kartoffelflocken 16,50-16,60, Heu und Stroh, Großhandelspreise für 50 Kilo in Goldmark ab Station: Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,45-0,70, dr. Haferstroh 0,35-0,50, dr. Geritenstroh 0,35-0,50, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,35-0,45 Roggenlangstr. 0,35-0,45 Häcksel 1,05-1,25, handelsübliches Heu 0,85-1,05, gutes Heu 0,95-1,35.

**Berliner Butternotierung.**

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.  
Berlin, 26. Januar 1924. 1. Qualität 1,60 Goldmark.  
Tendenz: flau.  
Kleinhandelspreise der pommerschen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerschen Milchwirtschaftlichen Landesverband in Stettin, für Vollmilch 16-18 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,76-1,84 Goldmark je Pfund, für zugekauft Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

**Berliner Schlachtviehmarkt.**

Bericht vom 26. Januar 1924.

Amtlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 1758 Stück, darunter 439 Bullen, 46 Ochsen, 843 Kühe und Färsen; Kälber 1545 Stück; Schafe 3178 Stück, Schweine 7218 Stück; Ziegen 5 Stück; — Ferkel: 690 Schweine aus dem Memelgebiet.

	Preise in Goldpf. für 1 Pfd. Lebendgewicht
<b>I. Rinder:</b>	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtwert.	42-46
b) dto. im Alter von 4-7 Jahren	36-38
c) junge, fleischige nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	30-34
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	28
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts	38-40
b) vollfleischige jüngere	32-35
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	27-30
C. Färsen und Kühe	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	36-42
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	36-42
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	28-33
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	22-26
e) gering genährte Kühe u. Färsen	15-20
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	25-30
<b>II. Kälber:</b>	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinste Mastkälber	70-75
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	50-60
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	40-45
e) geringe Saugkälber	25-35
<b>III. Schafe:</b>	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	40-46
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	33-38
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	22-30
B. Weidemastschafe:	
a) Mastlämmer	—
b) geringere Lämmer und Schafe	—
<b>IV. Schweine:</b>	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht	58
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	55-57
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	52-55
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	50-52
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	46
g) Sauen	50-55
Ziegen	—

Markterlauf: Bei Rindern ruhig, bei Schafen ziemlich glatt, bei Schweinen ruhig.



Hokus, pokus  
Erdal gibt die Kraft,  
Schon glänzen die Schuhe  
zauberhaft.

**Erdal**  
Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Cohnschnitt**

führt billigst aus.  
H. Schlamin, Schillerstr. 15.

**Jede Menge ta. Schilfrohr**

für Dach, u. Gewerbezwede haben abzugeben.  
Nagorny & Tochtermann  
Löwen D/Br. Telef. 190.

**1 Maschinenarbeiter**

an der vierseitigen Parkett-masch. findet dauernde Beschäftigung, es kann auch ein Tischler oder Stellmacher sein, der in der Bearbeitung vertraut ist.  
H. Schlamin, Schillerstr. 15.

Tüchtiger seriöser Kaufmann sucht die Vertretung einer leistungsfähigen Bernstein-dreherei zu übernehmen für Süd-deutschland und Export. Interessenten belibien sich an das Kontor des Blattes zu wenden.

**Metallbetten**

Stahlmatrizen, Kinderbetten dir. an Priv., Katal. 91 L frei.  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

**Knabenanzüge**

vom einfachsten bis zum elegantesten bekommen Sie stets in

**Putters Stagengeschäft**  
Friedrichstraße 6  
„Nur das Gute bricht sich Bahn.“

**Stolper Großhandels-gesellschaft**

vorm. Fritz Leschner G. m. b. H.  
Stolp, Blumenstraße 28.

Täglich von 1-5 Uhr im Lager  
Mentormannstraße 1  
hinter Café Reinhard

**Detailverkauf von Kartoffeln**

10 Pfund und mehr. Packung mitbringen.  
Anfuhr erwünscht.

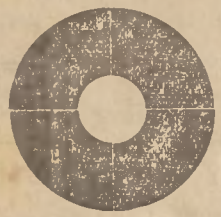
Stets frisch gebrannte

**= Kaffees =**

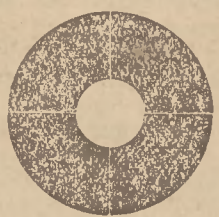
in bekannter Güte empfiehlt

**Otto Reiss**

Mittelfstr. 7. Kaffee-Rösterei Fernspr. 848.



# Das Sortiment!



Der Wunsch eines jeden Rauchers ist es, eine kleine Auswahl unter seinen Zigarren treffen zu können.

Um diesen Wunsch zu erfüllen, stelle ich in beschränkter Menge

## eine Sortimentskiste (Inhalt 50 Stück)

Preis **Mk. 4,25** die Kiste in dieser Woche zum Verkauf.

Der Preis ist sehr niedrig.

Jede Zigarre ist gut und abgelagert — aus rein überseeischem Tabak.

Ich erinnere an meine drei Hauptmarken

**Perte  
der Wetterau**

**Am Scharfeck**

**Holand  
zu Verona**

ferner an mein reichhaltiges Lager an Zigaretten und Tabaken

Wiederverkäufer Sonderpreise!

Tabakwaren-Großhandlung

Kreditgewährung!

**Amtsstr. 2  
früherer Artushof.**

# Alwin Schlüter

Fernsprech. 417

**Geschäftszeit durchgehend von 8—6 Uhr.**

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Nachtrag II.

zu dem Ortsstatut betreffend das Feuerlösch- und Wasserwehrwesen in der Stadtgemeinde Stolp i. P.

Auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, des Gesetzes betreffend die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden vom 21. Dezember 1904, sowie des § 16 Absatz 3 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird für den Stadtbezirk Stolp i. Pom. nach Anhörung der Polizeiverwaltung und unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung folgender Nachtrag zum Ortsstatut betreffend das Feuerlösch- und Wasserwehrwesen in der Stadtgemeinde Stolp i. Pom. vom 23. Januar 1922 erlassen:

#### Artikel I.

§ 5 des Ortsstatuts erhält folgende Fassung:  
„Auf Antrag kann der Magistrat Befreiungen von der persönlichen Feuerlöschdienstpflicht bewilligen. In diesem Falle haben die Befreiten eine jährliche Zahlung (Vorkaufgeld) an die Stadthauptkasse zu leisten. Das Vorkaufgeld beträgt jährlich 5 Goldmark. Die hieraus auskommenden Beträge sind ausschließlich für Feuerlöschzwecke zu verwenden.“

#### Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt am 1. April 1924 in Kraft.  
Stolp, den 19. Dezember 1923.

10 259.

Der Magistrat.

(v. S.)

gez. Zietze

Scheffler.

BA 50. I. Nr. 8 24

Röslin, den 11. Januar 1924.

#### Schluss.

Vorstehender 2. Nachtrag wird genehmigt.

(v. S.)

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

In Vertretung.

gez. Brodhoff

#### VII. Nachtrag

zum Tarif zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Schlachthofes vom 7. Februar 1923

ist genehmigt und hängt vom 28. Januar bis 2. Februar 1924 im Schaukasten im Rathausflur aus.

Stolp, den 24. Januar 1924.

(v. S.)

### Aufnahme der Gasmesserstände!

Die Aufnahme der Gasmesserstände beginnt am Dienstag, den 29. Januar. Die Reihenfolge der Straßen ist dieselbe wie im Vormonat.  
Stolp, den 28. Januar 1924  
Die Gas- und Wasserwerke.

19

Wo erzielt man den  
höchsten Tagespreis für  
**Eier?**

19

Nur in der  
**Eierankaufsstelle**  
der Fa. Albert Pieper, Stolp  
**Bahnhofstraße 9**  
Telephon 498

**Gratis!**

erhalten Erzeuger bei Verkauf von 1 Stiege Eier

1 braunen Topf.

Bei 2 Stiegen Eier 1 Kaffeetasse mit Untertasse.

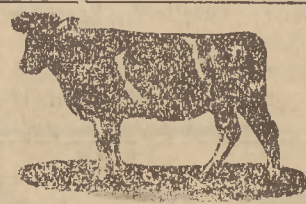
Eingang im Laden von

H. Wandtke

Haar- u. Küchengeräte.

19

19



Stelle ab Dienstag und folgende Tage einen Transport

erstklassige, ostpreussische

## Herdbuchbullen

und prima

## ostpreussische Sterker

hochtragende

preiswert zum Verkauf.

### Adolf Knorr

Fernsprecher 584

Hospitalstr.

## Zigarren, Zigaretten, Rahtabake

sämtlicher führender Marken

**Großverkauf**

**Kleinverkauf**

# Alwin Schlüter, Stolp

Tabakwarengroßhandlung

Amtsstraße 2

Fernruf 417

Für ev. 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Jahre alt  
kernig und gewachsen  
verabsch. Offiziers aus  
wird

### Landfamilie

in Hinterpom. od. Neu  
gesucht, wo er mit  
altr. Sohn für Sexta  
bereitet wird.

Bald Angeb. erbeten  
eingetr. schwier. häusl.  
hältweise. Auskunft erbeten  
unter S. 400 an die  
d. Blattes.